



öffentlich

Betreff:
Haushaltsentscheidungen 2003

Erstellungsdatum 14.11.2002

Eingang 02:

Einreicher: Stadtverordneter Kruczek

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.12.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
19.12.2002	Rechnungsprüfungsausschuss		
08.01.2003	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften		
15.01.2003	Hauptausschuss		
15.05.2003	Rechnungsprüfungsausschuss		
21.05.2003	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften		
28.05.2003	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

1. Der OBM legt der SVV vor Beschlussfassung über den Haushalt 2003 in einer Gesamtübersicht möglicherweise von Unternehmen mit städtischer Beteiligung 2002 insgesamt geleistete bzw. für 2003 eingeplante Ausgaben im freiwilligen Bereich (z. B. Kultur, Sport, Soziales) ohne Angabe des jeweiligen Unternehmens vor.
2. Bei der Entscheidung über den Haushalt im Bereich freiwilliger Aufgaben werden entsprechende Leistungen von Unternehmen mit städtischer Beteiligung gegebenenfalls mindernd berücksichtigt.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Bei den im Stadthaushalt bestehenden Einsparzwängen geht es für viele Bereiche bzw. Träger um fundamentale Fragen der Existenz- bzw. Aufgabensicherung. Dass dazu möglicherweise von städtischen Unternehmen erbrachte Leistungen transparent dargestellt werden müssen, um in den Abwägungsprozess zur Mittelverteilung einbezogen zu werden, sollte sich beim dramatisch veränderten Finanzrahmen der Stadt von selbst verstehen.